

**Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz**

Kurzprotokoll

der

3. Sitzung

Donnerstag, 12.01.2006, 11.45 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: 4.900

Vorsitz: Bärbel Höhn, MdB

TAGESORDNUNG:

Einziges Punkt der Tagesordnung: **S. 7 - 21**

Gespräch mit EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel über aktuelle Agrar Themen

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Bleser, Peter
Heinen, Ursula
Heller, Uda Carmen Freia
Holzenkamp, Franz-Josef
Jahr, Peter, Dr.
Jordan, Hans-Heinrich, Dr.
Klöckner, Julia
Lehmer, Max, Dr.
Mortler, Marlene
Röring, Johannes
Segner, Kurt

SPD

Blumentritt, Volker
Botz, Gerhard, Dr.
Drobinski-Weiß, Elvira
Herzog, Gustav
Ortel, Holger
Priesmeier, Wilhelm, Dr.
Rawert, Mechthild
Schieder, Marianne
Volkmer, Marlies, Dr.
Wolff, Waltraud
Zöllmer, Manfred

B90/GRUENE

Behm, Cornelia
Höfken, Ulrike
Höhn, Bärbel

DIE LINKE.

Kunert, Katrin
Tackmann, Kirsten, Dr.
Ulrich, Alexander

FDP

Geisen, Edmund Peter, Dr.
Goldmann, Hans-Michael
Happach-Kasan, Christel, Dr.

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

Borchert, Jochen
Connemann, Gitta
Deittert, Hubert
Göppel, Josef
Jaffke, Susanne
Pfeiffer, Sibylle
Schindler, Norbert
Schirmbeck, Georg
Schulte-Drüggelte, Bernhard
Vogel, Volkmar Uwe
Zöllner, Wolfgang

Bahr, Ernst
Brinkmann, Bernhard
Groneberg, Gabriele
Hiller-Ohm, Gabriele
Hovermann, Eike
Kelber, Ulrich
Kumpf, Ute
Miersch, Matthias, Dr.
Schmitt, Heinz
Teuchner, Jella
Thießen, Jörn

Hettlich, Peter
Kurth, Undine
Scheel, Christine

Hill, Hans-Kurt
Naumann, Kersten
Sitte, Petra, Dr.

Schuster, Marina
Solms, Hermann Otto, Dr.
Wissing, Volker, Dr.

Die Liste der Ausschussmitglieder kann für vorangegangenen Wahlperioden nicht erstellt werden!

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Bundesrat

Fraktionen und Gruppen

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Gespräch mit EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel über aktuelle Agrartheme

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle herzlich, besonders die EU-Kommissarin, den Staatssekretär und natürlich insbesondere die Delegation aus Spanien sowie zwei Mitglieder des EU-Ausschusses.

Sie freue sich, dass Frau Fischer Boel die Zeit gefunden habe, hier mit dem Ausschuss am Rande der Grünen Woche zu diskutieren.

Bevor sie die Diskussionsrunde eröffne, möchte sie noch etwas zur Zusammensetzung des Ausschusses sagen. Insgesamt gebe es fünf Fraktionen: die beiden Mehrheitsfraktionen CDU und SPD, und die Oppositionsfraktionen FDP, DIE LINKE. und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN.

Mariann Fischer Boel dankt für die Einladung. Sie beabsichtige hier über die Herausforderungen im landwirtschaftlichen Bereich der Europäischen Union zu sprechen, die Entwicklung des letzten Jahres zu beleuchten und auch einen Ausblick für die Aktivitäten im Jahre 2006 zu geben.

Im Jahr 2005 sei durch Medienberichte versucht worden, die Europäische Union in der Landwirtschaftspolitik in die Defensive zu drängen. Es sei aber festzustellen, dass sehr viel wertvolle Arbeit geleistet worden und das Ziel, eine marktorientierte Landwirtschaftspolitik zu verfolgen mit einer Wiederbelebung des ländlichen Raums und auch in Bezug auf die WTO-Verhandlungen, näher gerückt sei.

Vorab einige Bemerkungen zur GAP-Reform. Dieses Thema sei in den Medien, obwohl es für die Nahrungsmittelindustrie bedeutsam sei, nur stiefmütterlich behandelt worden. Sie sei zuversichtlich, dass sich die in den Jahren 2003 und 2004 angegangene ausgeglichene Reform auszahlen werde. In ihrer Meinung bestätigen würde sie, dass die zuständige Behörde in den Mitgliedsstaaten nun effizient an das Thema herangehen würde. In die Liste der bereits angegangenen Sektoren könne die Reform im Zuckerbereich hinzugefügt werden. Die durch die Neuordnung im Zuckermarkt hervorgerufene Beunruhigung bei der Industrie und in den verschiedensten Sektoren sei in gewisser Weise verständlich. Die Neuordnung folge aber dem Kompromiss des Europäischen Rates vom November und sei daher nicht zu unterschätzen.

Es sei weiterhin wichtig, dass sich durch die Reformen die inländischen Produktionen um etwa fünf bis sechs Millionen Tonnen reduzieren würden. Falls dies nicht auf natürliche Art und Weise geschehe,

seien Konsumenten und Betroffene gehalten, den Restrukturierungsfonds zu verwenden. Dadurch käme es zu einer Veränderung der Quoten, was sich grenzüberschreitend, sowohl in den Wettbewerbsbereichen als auch in den Bereichen, in denen die Zuckerproduktion nicht so wettbewerbsfähig sei, auswirken würde. Ohne diese Maßnahmen würde die gesamte Zuckerindustrie durch den Druck der inländischen Produktion und der Importe, die in die Europäische Union eingeführt werden müssten, zusammenbrechen. Sie sei sehr zuversichtlich, dass die Reform zum Guten führe, und dass letztlich auch die Verbraucher die positiven Ansätze erkennen würden und auch die Verwendung des Restrukturierungsfonds zu einem positiven Ergebnis beitragen würde. Daneben sei zu beachten, dass das Reformpaket die Zuckerindustrie auf eine sehr tragfähige Basis mit einer langfristigen Perspektive gebracht habe.

Weitere Arbeit stehe im Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums bevor. Hier gelte es, dieses Thema von seinem jetzigen Status als Aschenputtel der Landwirtschaftspolitik zu befreien. Sie habe von Beginn an große Anstrengungen auf die Entwicklung des ländlichen Raums unternommen, denn sie glaube, dass die ländlichen Räume am besten genutzt werden könnten, wenn die Schönheit, die Tradition und die Menschen, die in diesen Räumen leben, durch eine aktive Politik mit eingebunden würden. Mit dem richtigen Ansatz könne der ländliche Raum einen enormen Beitrag leisten bei der Realisierung der Ziele der Europäischen Union, wie sie in den Strategien von Lissabon und Göteborg festgelegt worden seien. Durch die im Juni vom Rat beschlossene Vereinbarung über die Entwicklung des ländlichen Raums für den Finanzzeitraum 2007 bis 2013 sei ein großer Schritt nach vorne gelungen. Dieses neue System habe wesentlich einfachere finanzielle Regeln, wodurch die Mitgliedsstaaten leichter die Möglichkeiten nutzen könnten. Ihrer Meinung nach sei bei den zur Verfügung stehenden Maßnahmen ein Gleichgewicht gefunden worden, um zwischen den entsprechenden Bedürfnissen die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, die Landschaft, den Tierbestand und die Natur zu schützen, aber gleichzeitig auch eine entsprechende Rolle in einer diversifizierten Wirtschaft spielen zu können.

In Bezug auf die finanziellen Perspektiven für den Zeitraum 2007 bis 2013 sei eine Verständigung im September erreicht worden. In einem Zeitpunkt, wo aus ihrer Sicht einige nationale Regierungen ihren Beitrag, die europäische Politik mit Leben zu erfüllen, nicht ausreichend nachgekommen seien, sei es wichtig gewesen, dass die Europäische Union sich auf den Konsens geeinigt habe und der Angriff auf die Kappungsgrenzen abgewehrt werden konnte. Dadurch ergäben sich Auswirkungen auf die Ausgaben der 1. Säule der GAP. Das letztendliche Ergebnis der finanziellen Perspektiven bedeute, dass die Finanzierung der Mitgliedschaft von Rumänien und Bulgarien nun unter dem Dach stattfinden werde, d. h., dass über weitere acht Milliarden Euro innerhalb der Grenzen von Brüssel 2002 entschieden werde. Dies wiederum bedeute, dass angesichts der Zahlen, die schon bekannt seien, 7 % an direkten Zahlungen an die Landwirte bis 2013 zu kürzen seien. Leider sei ihr Vorschlag, 89 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, in der Vereinbarung auf 70 Milliarden Euro reduziert worden. Damit mussten einige ehrgeizige Ziele bezüglich der Entwicklung des landwirtschaftlichen Raums zurückgefahren werden, aber man müsse sich jetzt einfach darauf konzentrieren, wie diese Mittel am effizientesten verwendet werden könnten. Ein Element in dieser letztendlichen Vereinbarung sei gewesen, den Mitgliedsländern die Möglichkeit einzuräumen, eine modulare Lösung zu wählen. In der

GAP-Reform habe es eine verpflichtende Modellierung von 3 % bis 2005, 4 % dieses Jahr und 5 % im nächsten Jahr gegeben. Dies sei freiwillig und müsse von den Mitgliedsstaaten kofinanziert werden.

In der Vereinbarung über die finanzielle Perspektive sei den Mitgliedsstaaten ermöglicht worden, sich auf eine freiwillige Modulierung von bis zu 20 % zu verständigen. Wichtig sei, dass diese Modulierung nicht kofinanziert werde und nicht an die drei Regulatorien der Entwicklungspolitik gebunden sei. Sollten nur einige Mitgliedsstaaten diese Möglichkeit wahrnehmen, könnte es zu einer Renationalisierung des landwirtschaftlichen Bereichs kommen, was dann dazu führen würde, dass das wettbewerbliche Niveau zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich sein werde und Verzerrungen auftreten könnten. Sie lehne daher diese freiwillige Modulation wie sie vereinbart wurde ab.

Weitere wichtige und zeitintensive Themen seien die Doha-Entwicklungsrunde und natürlich die Konferenz in Hongkong Ende Dezember des letzten Jahres gewesen. Sie meine, dass insgesamt erfolgreiche Arbeit geleistet wurde. Immerhin sei erreicht worden, dass weder zu wenig noch zu viel angeboten worden und die Ministerkonferenz von Hongkong nicht zu einem totalen Fehlschlag wie in Cancun geworden sei. Man habe sich darauf verständigt, dass im Jahre 2013 die Exporterstattung abgeschafft werden würde. Dieses Thema sei bereits im Juli 2004 aufgegriffen worden, jetzt aber bräuchte es einen endgültigen und festen Zeitpunkt, zu dem dieses Schema auslaufe. Man liege daher immer noch klar innerhalb des Mandats. Folge daraus sei, dass eine erneute Reform im landwirtschaftlichen Bereich nicht mehr erforderlich sei.

Bei Gesprächen mit anderen Gebern in der WTO sei deutlich auf die Notwendigkeit der Parallelität hingewiesen worden. In den Vereinigten Staaten erfolge die Exportunterstützung beispielsweise auf ganz andere Art und Weise; so würde dort unter Nahrungsmittelhilfe verstanden, sich durch langfristige Kredite und andere Maßnahmen von überflüssiger Produktion zu trennen. Dieses Handeln könnte natürlich die Handlungsgleichgewichte stören. In Kanada, Australien und Neuseeland hingegen müsste das staatliche Handeln und Vorgehen einfach diszipliniert werden, da durch die dort bestehenden Monopolgesellschaften mit Sicherheit auch Einfluss auf die Weltmarktpreise genommen werden würde. Andererseits glaube sie, dass auch hier ein Gleichgewicht erhalten werden müsse, und zwar nicht nur im landwirtschaftlichen Bereich, sondern ein übergeordnetes Gleichgewicht, also eine Parallelität zwischen dem NAMA und den Agrartarifen. Dabei müsse immer das Gesamtbild betrachtet werden, denn Landwirtschaft sei natürlich nicht nur das einzige positive Ergebnis der Doha-Entwicklungsrunde, sondern es bestünden daneben auch andere Bereiche. So fände sie es sehr erfreulich, dass schon im Jahr 2001 die Europäische Union weit reichende Vereinbarungen, wobei der Handel mit Waffen natürlich ausgeschlossen sei, mit den am wenigsten entwickelten Ländern geschlossen habe. Die Europäische Union sei der größte Importeur von landwirtschaftlichen Produkten aus den ärmsten Ländern der Welt und man möchte, dass andere Länder diesem Beispiel folgten. Von daher sei in Hongkong eine Vereinbarung getroffen worden, die allerdings nur 97 % der landwirtschaftlichen Güter erfasse, so dass die anderen großen Spieler auch Möglichkeiten hätten, diese 3 % außen vor zu lassen. Sie könne sich schon vorstellen, welche Art von landwirtschaftlichen Gütern da außen vor gelassen würden.

In der Zukunft sei man mindestens noch weitere sechs Monate mit den vereinbarten Modalitäten der Doha-Entwicklungsrunde sehr beschäftigt. Weiterhin müssten die Reformpläne im Weinbau, im Obst- und Gemüsebau vorangetrieben werden. Und ein weiteres wichtiges Thema, was ganz oben auf ihrer Agenda stehe, beziehe sich auf eine erhöhte Verwendung von Biobrennstoffen in der Zukunft. Wenn man gerade die Berichte über die Erdgasproblematik mit Russland und der Ukraine verfolge, erkenne man die Wichtigkeit des Themas, weshalb es bei den nächsten beiden Ratstreffen aufgegriffen werde, um mögliche Lösungskonzepte zu erarbeiten. Bereits bei der GAP-Reform 2003 habe man sich darauf verständigt, die Produktion der Biobrennstoffe voranzutreiben und 45 Euro pro Hektar zu bezahlen für die Anpflanzung von nachwachsenden Rohstoffen. Sie hoffe, dass in diesem Bereich eine positive Entwicklung erreicht werden könne.

Sie sei sich sicher, dass weitere Themen und weitere Aufgaben im Jahr 2006 auf Europa zukämen. Als Politiker sei man ja immer unerwarteten Dingen ausgesetzt und meistens genau dann, wenn sie am wenigsten erwartet würden. Sie könne nur allen die Daumen drücken und sie klopfte dreimal auf Holz und hoffe, dass die Anstrengungen, um die Vogelgrippe von der Europäischen Union fern zu halten, erfolgreich seien. Man sei vorbereitet. Falls es wirklich dazu kommen sollte, könne sofort reagiert werden. Aber sie hoffe aus vielen Gründen, dass man sich mit diesem Thema im Jahr 2006 nicht beschäftigen müsse.

Landwirtschaft sei immer eine große Herausforderung, aber auch sehr interessant. Dies wüssten alle und sie denke, dass dies auch in Zukunft so bleiben werde.

Die Vorsitzende dankt Frau Fischer Boel für diesen sehr umfassenden Vortrag. Frau Fischer Boel habe bereits einen großen Rahmen an Punkten angesprochen, den sie gerne mit folgenden Punkten ergänzen wolle. Es sei bei der mittelfristigen Finanzierung schon sehr deutlich auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, die jetzt auch durch die Kürzung gerade im Agrarsektor auf Deutschland zukommen würden und zwar gerade auch bei der 2. Säule. Davon seien natürlich viele Bundesländer betroffen, die teilweise erhebliche Finanzmittel verlören. Sie habe natürlich das Instrument der Modulation genannt, aber auch ihre Kritik an der freiwilligen Modulation, der Kofinanzierung der 20 %, die man dann zum Teil auch nutzen könnte, um ähnliche Projekte durchzuführen. Auch dieses Geld würde am Ende dazu führen, dass die Bauern höchstens durch die Kofinanzierung mehr Geld hätten. Deshalb die Frage, wie Frau Fischer Boel sich die Entwicklung des ländlichen Raumes gerade unter der verringerten Finanzplanung vorstelle.

Weiterhin habe Frau Fischer Boel einen großen Schwerpunkt auf Biokraftstoffe gelegt. Bisher sei durch die Vorgabe der EU eine Beimischung von 5,75 % vorgeschrieben, und, wie Frau Fischer Boel dargelegt habe, eine Prämie von 45 Euro pro Hektar für nachwachsende Rohstoffe vorgesehen. Sie glaube, dass gerade dann, wenn weniger Geld für die Bauern zur Verfügung stehe, darauf geachtet werden müsse, dass andere Bereiche sich erschließen könnten, also gerade die Bauern als Energiewirte nach vorn gebracht werden müssten. Sie bitte daher Frau Fischer Boel, hierauf noch etwas genauer einzugehen, wie sie dies neben dem bereits Beschlossenen durchsetzen wolle.

Als letzten Punkt müsse sie auf die Vogelgrippe eingehen. Diese sei besorgniserregend, da sie jetzt in der Türkei, in Rumänien und in Russland sei und jedes Jahr näher käme. Alle würden hoffen, dass die Vogelgrippe außerhalb der EU bleibe, denn in Europa sei sie schon. Hier habe sie die Frage, welche Vorstellungen und Konzepte man habe, wie die Maßnahmen zum Schutz der EU verstärkt werden könnten, damit sie nicht aufträte und in den Griff bekommen werden könnte.

Abg. Peter Bleser geht zunächst auf die WTO-Konferenz in Hongkong ein. Er sei damit einverstanden, dass die EU schon im Vorfeld angeboten habe, Exporterstattungen zu beenden. Er hätte nur, was die Nennung eines Zeitraumes angehe, vielleicht doch mehr auf Zugeständnisse der anderen Wirtschaftsblöcke, insbesondere der Vereinigten Staaten und auch der Gruppe G 20 gepocht. Diese hätten ihrerseits keine höheren Marktzugänge - insbesondere nicht für Industrieprodukte - eingeräumt. Seine Frage richte sich nun darauf, wie sich die EU in Vorbereitung zukünftiger Konferenzen auch hinsichtlich der Medienarbeit besser positionieren könne. Wie erkennbar sei, wäre die EU völlig zu Unrecht in eine moralische Ecke gestellt worden, da sie den Entwicklungsländern durch die verfolgte Agrarpolitik angeblich ihre Perspektiven nehmen würde, wobei doch sowohl dieser Ausschuss als auch mit Sicherheit Frau Fischer Boel und auch die meisten in Deutschland wissen würden, dass gerade die EU die Staatengruppe sei, die die leichtesten Zugänge für Länder erlaube in Form von völligen zollfreien Importen in die EU, dass alles außer Waffen als Import zugelassen sei und dass auch mit den AKP-Staaten seit vielen Jahren Sonderabkommen bestehen würden. Es gebe überhaupt keinen Grund, das Licht unter den Scheffel zu stellen. Er bitte Frau Fischer Boel zu prüfen, ob es möglich sei, auch in den nationalen und insbesondere in den europäischen Medien solche Konferenzen vorzubereiten, denn es sei festzustellen, dass die Argumentation von den Verhandlungspartnern von den hiesigen Medien übernommen werden würde. Er denke, dies sei sehr wichtig, weil für ihn die Teilnahme an dieser Konferenz zusammen mit anderen gerade in dieser Hinsicht schmerzhaft gewesen sei und er glaube, dass dies nicht sein müsse und beseitigt werden könnte.

Das Zweite, was er ansprechen möchte, sei, und dort stimme er mit Frau Fischer Boel überein, dass eine zunehmende Renationalisierung der Agrarpolitik eintreten werde, indem die Gestaltungsmöglichkeiten national erhöht werden würden. Dies klinge auf den ersten Blick sehr schön, aber bei genauerem Hinsehen zeige sich, dass hier Wettbewerbsverzerrungen entstehen könnten, die einem gemeinsamen Markt sehr hinderlich sein würden. Gerade im Hinblick auf die angebotenen Marktbedingungen, ab 2013 ohne Exporterstattung wirtschaften zu können, seien diese Entwicklungen mit Sorge zu betrachten. Deutschland müsse sich stärken, damit es wettbewerbsfähiger werden würde. Dies könne nicht mit mehr Renationalisierung gehen, sondern nur mit gleichen Bedingungen in allen EU-Staaten.

Ein letzter Wunsch und eine Bitte von ihm sei, dass im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Vogelgrippe die Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere, was Importe von Lebensmitteln angehe, auf die gesamte EU ausdehnt würden, denn es bestünden nun einmal keine Binnengrenzen und insofern

werde das Problem sehr schwer beherrschbar sein, wenn die einen schärfer und die anderen weniger sorgsam damit umgehen würden.

Abg. Ulrike Höfken heißt Frau Fischer Boel herzlich zur Grünen Woche willkommen. Man sei erfreut, dass sie kommen konnte, aber was die Beschlüsse der letzten Zeit angehe, insbesondere der finanziellen Vorausschau müsse sie sagen, dass Frau Fischer Boel sich sehr diplomatisch ausgedrückt habe, wenn sie meine, die Beschlüsse hätten nicht ihren Erwartungen entsprochen. Sie sei entsetzt über die Vereinbarung, die Frau Merkel hier herbeigeführt habe. Nicht so sehr über die Rahmenbedingungen, die insgesamt für den EU-Haushalt herbeigeführt worden wären. Sie sei auch im Europaausschuss vertreten und dort hätte man sehr intensiv mit der FDP darüber diskutiert, dass auch für die Erweiterung Gelder notwendig seien. Dies sei nicht das Hauptproblem, aber die Art und Weise der Umverteilung zu Lasten der ländlichen Räume finde sie skandalös. Auf die genauen Konsequenzen werde ihre Kollegin noch eingehen. Für Deutschland bedeute dieses minus 45 % der Mittel in den westlichen Bundesländern. Sie frage Frau Fischer Boel - und darauf sei auch Herr Verheugen bereits eingegangen - zur konkreten Bedeutung der Revisionsklausel 2008, also welche Bedingungen für diese Revision gestellt würden, und ob Frau Fischer Boel schon irgendeine Idee entwickelt habe, wie diese Verluste kompensiert werden könnten auch durch Unterstützung der EU, d. h. auch mit EU-Mitteln, also eine Veränderung in den Kofinanzierungsanteilen und ähnliches.

Das Zweite, worauf sie jetzt stärker eingehe werde, sei vielleicht ein Randthema für manche, nämlich das Weinhandelsabkommen. Der Wein sei für Deutschland einerseits ein wichtiger Bereich der Wirtschaft, eine Visitenkarte Deutschlands auch im internationalen Bereich, aber eben auch ein Produkt, was in einem Bundesland Rheinland-Pfalz, aber auch in anderen Bundesländern, sehr wichtig für den Erhalt der Kulturlandschaft, der Steillagen, des Weltkulturerbe Rhein und auch Mosel sei. Sie habe überhaupt kein Verständnis für ein Weinhandelsabkommen bilateral EU – USA, da dadurch ermöglicht werde, dass der Wein mit Wasser gestreckt, Zusatzstoffe, die bislang in der EU nicht erlaubt gewesen seien, verwendet und alle möglichen Standards oder technischen Hilfsmittel benutzt werden könnten. Dadurch würde der Wein kein Naturprodukt mehr sein und die Gefahr einer Verbrauchertäuschung bestehen, da eine Kennzeichnung in dem Abkommen bisher nicht vorgesehen sei. Sie möchte Frau Fischer Boel deshalb bitten, ihre ganze Kraft darauf zu verwenden, ein solches Abkommen noch zu verändern. Ihre Frage hierzu sei, wie dies konkret erfolgen könnte.

Abg. Waltraud Wolff erklärt, dass die Frau Kommissarin bereits viele Punkte angesprochen habe und das das, was ihre Vorredner eingebracht hätten, auch Punkte wären, die sie sehr bewegen würden. Zum einen gehe es darum, was mit der Entwicklung der ländlichen Räume in der EU und auch in Deutschland passiere. So seien sie und wohl auch ihre Kollegen damals sehr erfreut gewesen, als ihnen die ELER-Verordnung vorgelegt worden sei, besonders der Inhalt hätte sie sehr angesprochen; aber als dann die finanzielle Vorausschau gekommen wäre, wären alle etwas geschockt gewesen und hätten gesagt, auf der einen Seite ein Superprogramm, auf der andere Seite aber sei die finanzielle Untersetzung nicht gegeben. Wenn heute bekannt sei, dass in den alten Bundesländern 45 % weniger finanzielle Unterstützung durch die EU erfolge, während es in den neuen Bundesländern marginal weniger sei, so seien die Auswirkungen doch die gleichen. Da stelle sich für sie und auch für die

anderen die Frage, wie dieses anspruchsvolle Programm ELER überhaupt in die Tat und in die Wirklichkeit umgesetzt werden könne. Dies seien die Probleme, mit denen sich der Ausschuss im Moment sehr beschäftigen müsse.

Die Entwicklung der Bioenergie sei der nächste Punkt. Dies sei sicherlich ein Thema, bei dem man in Deutschland offene Tore einrenne, da man dort führend sei, aber sie möchte auch noch einmal die Schwerpunkte in eine etwas andere Richtung lenken, denn die nachwachsenden Rohstoffe, die auch dort eingesetzt würden, böten nicht nur den großen Schwerpunkt Bioenergie, sondern man sollte auch diese Zukunftsbranche – stoffliche Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe – mehr in Betracht ziehen. Dies sei eine völlig neue Branche, die sicherlich innerhalb der EU eine große Zukunft haben werde und sie denke, dass man sich auch auf EU-Ebene an dieser Stelle noch genauer damit auseinandersetzen solle, wie dies innerhalb der EU gefördert werden könne.

Ihr dritter Punkt betreffe die Vogelgrippe. Man habe sich darüber öfters unterhalten und sicherlich sei es auch ganz wichtig, dass man den Außenschutz gewährleisten würde. Aber sie bitte Frau Fischer Boel auch noch einmal von hier aus inständig, dass Wert darauf gelegt werde, dass nicht nur die Außengrenzen und der Außenschutz gewahrt bleibe, sondern dass alle Mitgliedsstaaten an dieser Stelle auch ihre Verantwortung wahrnehmen und alle gemeinsam auf gleicher Linie hier die Vorsichtsmaßnahmen treffen und alle gemeinsam an einem Strang ziehen würden.

Mariann Fischer Boel führt an, dass sich einige Fragen überschneiden hätten und sie daher versuchen werde, diese zusammenfassend zu beantworten. Zunächst einmal zur finanziellen Vorausschau. Der Grund, warum die freiwillige Modulation ohne Kofinanzierung kein Thema in Brüssel gewesen sei, liege darin, dass dies den Transfer von Geldern zwischen den Mitgliedsstaaten nicht beeinflusse. Dies sei also eine Entscheidung, die von den Mitgliedsstaaten getroffen werden könne und es werde interessant sein zu sehen, wie viele Mitgliedsstaaten diese Möglichkeit nutzen würden. Ganz offen müsse sie sagen, dass dies ein alter britischer Traum sei. Von daher wäre es klar, dass Großbritannien auf diese Art und Weise versucht habe, diese Möglichkeit durchzubekommen und sie hätten natürlich auch Erfolg gehabt.

Zum letztendlichen Ergebnis der finanziellen Vorausschau aus landwirtschaftlicher Sicht: Da sei es ganz klar, dass man nicht mehr ländliche Entwicklung für weniger Geld vollbringen könne. Aber man wisse, dass mit dieser Reduzierung von etwa 80 Milliarden Euro genau darauf geachtet werden müsse, wie die Gelder ausgegeben würden. Aber sie denke, selbst wenn das Ergebnis nicht das sei, was man gern gesehen hätte, so bestünde jetzt wenigstens eine Vereinbarung, die eine finanzielle Vorausschau geben könne. Würde man in Europa ohne eine Vereinbarung da stehen, hätte dies zur Folge, dass man einen jährlichen Haushalt für die EU erstellen müsste, was der ländlichen Entwicklung und der entsprechenden Politik schaden würde. Man hätte eine mehrjährige Politik und Strategie benötigt, was schlecht für die ländliche Entwicklung gewesen wäre. Sie möchte gerne die Gelegenheit nutzen, um zu sagen, dass sie von der Arbeit der deutschen Kanzlerin sehr beeindruckt gewesen sei. Diese habe wirklich zu einem positiven Ergebnis dieser Verhandlungen beigetragen. Dieser Beitrag sei sehr wichtig gewesen.

Zur Biomasse, erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe: Die Kommission habe einen Aktionsplan für Biomasse im Dezember verabschiedet und ihr Kabinett sei zuständig für die Mitteilung bezüglich der Biokraftstoffe. Dies werde dann hoffentlich von der Kommission Ende diesen Monats verabschiedet und bei der Ratssitzung im Februar diskutiert. Sie denke, es gebe viele Möglichkeiten für die Biomasse. Insbesondere den Biobrennstoffen widme sie sehr viel Aufmerksamkeit für die zweite Generation. Zwar stehe das Thema jetzt nicht gerade vor der Tür, aber es sei wichtig, dass man in Forschung und Entwicklung Investitionen tätige. Sie sei sich ziemlich sicher, dass der Beitrag der Landwirtschaft auch in der Wirtschaft genutzt werden könne, wie z. B. in der Industrie, die Plastik oder Kunststoffe produziere oder in der pharmazeutischen Industrie. Es gebe sehr viele Möglichkeiten, die man sich genau anschauen müsse. Nach der GAP-Reform, wo die Zahlungen von der Produktion entkoppelt worden seien, hätten die Landwirte jetzt die Freiheit zu erzeugen, was die Märkte verlangten. Sie denke, dass die Landwirte diese Möglichkeit ergreifen und die EU in diese Produktionsbereiche, aber auch in andere Bereiche gehen würden, auch wegen des Drucks auf die Einkommen in der Landwirtschaft. Dies werde in den nächsten Jahren weitergehen und sie hoffe, dass dies möglich sein werde. 2003 hätte man entschieden, als man diese 45 Euro pro Hektar als Zusatz verabschiedet habe, dass man die Möglichkeiten bezüglich Biomasse Ende 2006 noch einmal überprüfe, denn es gebe eine Begrenzung von 1,5 Mio. Hektar, an die man bisher nicht gelangt sei. Man bräuchte vielleicht noch eine weitere Karotte, mit der man die Leute in diese Art von Produktion locken könnte. Sie sei sich sicher, dass man auf dieses Thema zurückkommen werde.

Zu den WTO-Fragen von Herrn Bleser: Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Cancun sei es tatsächlich die EU gewesen, die diese Verhandlungen wieder auf den Weg gebracht habe. Man habe sich Ende 2004 auf ein Rahmenabkommen in Genf geeinigt, wobei die Landwirtschaft unter extremen Druck gestanden habe. Ein umfassender Vorschlag mit allen drei Säulen der Landwirtschaft, zur Exporterstattung, zur internen Stützung und zum Marktzugang sei am 28. Oktober vorgelegt worden. Man sei sowohl mit den Exporterstattungen als auch mit der internen Stützung recht zufrieden gewesen, denn als man die GAP-Reform mit der Entkopplung durchgeführt habe, habe man die Direktzahlung an die Landwirte von der Amber-Box in die Greenbox geschoben, wobei in den Verhandlungen die Absicht verfolgt worden sei, die Greenbox aufrechtzuerhalten, also dass sie unantastbar bleibe. Nun solle die interne Stützung um 70 % reduziert werden. Man habe keine Probleme mit der De-minimis-Regelung und was die allgemeinen Kürzungen angehe, da könne man wettbewerbsfähig bleiben und man übe auch Druck auf die USA aus. Die USA hätte andere Arten der internen Stützung, wobei mit den antizyklischen Zahlungen die handelsverzerrenste Stützung bestehe. Diese antizyklischen Zahlungen böten einfach ein Sicherheitsnetz für die Landwirte, die produzieren. Dies stehe in Verbindung mit der Produktion und mit der Erzeugung. Deswegen sei es handelsverzerrend. Wie den USA aus Europa mitgeteilt worden sei, müssten sie ihre antizyklischen Zahlungen disziplinieren. Sie denke, wenn man hier erfolgreich sein könne, dass es zu einem Einfluss auf den Weltmarktpreis kommen könnte, d. h. die Weltmarktpreise würden steigen, was letztlich der EU helfen werde und für diese ein Vorteil sein würde.

Der Marktzugang sei wegen der hohen Zölle das schwierigste Thema. Sie denke, dass die EU ein angemessenes Angebot abgegeben hätte, welches auch von anderen Akteuren akzeptiert werden könne. Dieser Vorschlag sei von amerikanischer Seite bisher nicht angenommen worden, so dass noch kein endgültiger Verhandlungsstand mit den Amerikanern erzielbar sei. Sie könne aber versichern, dass kein neuer Vorschlag von Seite der EU auf den Tisch gelegt werden würde. Sie hoffe, dass die Kommission von den Mitgliedsstaaten unterstützt werde, denn es müsse sich jetzt von anderer Seite bewegt werden. Nichts werde vereinbart, bevor nicht alles vereinbart sei. Es liege nun auf anderer Seite, dass bei den Industriegütern und auch bei den Dienstleistungen etwas getan werde. Bei den Dienstleistungen habe man bisher nur sehr schwache Vorschläge gesehen. Mit Herrn Pascal Lamy habe sie bereits besprochen, wie weiter vorgegangen werden könne. Es werde nächste Woche wieder eine Sitzung geben, eine Miniministerkonferenz, in der über das weitere Vorgehen gesprochen werde.

Die Revisionsklausel 2008/2009 sei schon Teil der GAP-Reform gewesen. Man müsse sie sich wieder vornehmen, um aufzuzeigen, wie die verschiedenen Instrumente in der Gemeinsamen Agrarpolitik funktionieren würden. Sobald Erkenntnisse vorlägen, die zeigten, dass Bereiche gut funktionierten, würde die Kommission dem Rat Vorschläge vorlegen. Letztendlich entscheide der Rat darüber, was verabschiedet werde. Sie habe bereits einige Vorschläge und Ideen, aber es sei jetzt noch zu früh, um diese Vorstellungen öffentlich zu machen. Aus ihrer Sicht sei die Revisionsklausel keine neue Reform, sondern es gehe nur um die verschiedenen Bereiche, wo diese gebraucht werden könnten.

Zu dem Weinabkommen möchte sie bemerken, dass die USA bei weitem der größte Handelspartner der EU sei, weshalb dem Abkommen hohe Priorität eingeräumt worden sei. Sollten Probleme mit den USA bei Wein mit einem WTO-Paneel aufkommen, dann hätte dies ernsthafte Folgen für die europäische Weinproduktion. Der Handel mache 40 % der EU-Produktion aus, die exportiert würden. Das Abkommen sei daher von grundsätzlicher Bedeutung, wenn es aber auch nur ein erster Schritt gewesen sei. Es sei von entscheidender Bedeutung, dass der EU dieser wichtige Markt nicht verloren ginge. In ihrem ersten Beitrag habe sie gesagt, dass sie eine Weinreform in der EU vornehmen werde. Die Erzeugung in der EU sei nicht nachhaltig, so dass die weinproduzierenden Ländern bzw. Mitgliedsstaaten die Möglichkeiten haben müssten, Wein zu destillieren und zwar Millionen an Hektolitern an Qualitätswein. Am Anfang habe diese Möglichkeit nur dem Tafelwein offen gestanden. Man habe die Weinimporte aus den großen weinproduzierenden Ländern, wie Australien, Südafrika, Südamerika und Kalifornien zu vernünftigen Preisen erhöhen müssen. In Europa gebe es eine steigende Produktion bei leicht zurückgehendem Verbrauch, was so nicht weitergehen dürfe. Ihre Vorstellung bezüglich der neuen Reform im Weinbereich sei, die europäische Weinerzeugung für die Zukunft wettbewerbsfähig zu machen. Am Montag würde intern mit ersten Gesprächen begonnen und am 16. Februar werde eine Sitzung mit allen Akteuren stattfinden. Es seien Personen aus ganz Europa eingeladen, die verschiedene Interessen an der Weinerzeugung hätten, um ihre Vorstellungen darüber darzustellen, welche Schritte ergriffen werden müssten, um die Produktion wettbewerbsfähig zu machen. Gleichzeitig werde es auch eine Diskussion geben zur Art und Weise, wie der Wein erzeugt werden solle, zur Kennzeichnung, zur Destillation und auch zu verschiedenen anderen

Themen. Ihr Ziel sei es, den Weinhandel und die Weinerzeugung einfacher, transparenter und wettbewerbsfähiger für die Zukunft zu machen. Dies seien ihre Prioritäten.

Abg. Markus Löning (EU-Ausschuss) stellt zu der Transparenzinitiative, die die Kommission gestartet habe die Frage, inwieweit sie die Gemeinsame Agrarpolitik berühre. Verschiedene Länder, u. a. Dänemark würden genau veröffentlichen, welche Zahlungen erfolgten und an wen sie erfolgten. Er bittet Frau Fischer Boel darum, etwas über die Transparenzinitiative zu erzählen und Auskunft zu geben, inwieweit in der Initiative geplant sei, ein solches Modell auf die gesamte EU auszudehnen.

Abg. Cornelia Behm kommt auf die ländlichen Räume zurück. Sie bedauere es zutiefst, dass es durch die europäische Einigung im Bereich oder zu Lasten der zweiten Säule zu solchen erheblichen Kürzungen gekommen sei. Sie sehe mit Grausen, dass die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft auf die Weise nicht abgewürgt, aber stark behindert werde. Als einzigen Ausweg sehe sie derzeit nur die nationale Modulation. Frau Fischer Boel habe gerade in ihrem Eingangsstatement gesagt, dass sie diese als starke Renationalisierungstendenz sehe und auf Grund der abzusehenden Wettbewerbsverzerrung oder Wettbewerbsfähigkeitsunterschiede, die dann zwischen den Ländern entstehen würden, ablehne. Sie frage, welche Vorschläge Frau Fischer Boel habe und wie die zweite Säule gestärkt werden solle.

Frau Fischer Boel habe von der Biomasse gesprochen, die sie ebenfalls als enorm wichtig ansehe als Basis für die weitere Entwicklung der ländlichen Räume. Aber der Anbau der Biomasse, wofür es eben die 45 Euro pro Hektar gebe, sei bei Weitem nicht alles. Das Potenzial im Anbau werde insbesondere auch deswegen nicht ausgeschöpft, weil die Verarbeitung und Vermarktung so desolat sei. Da müsse in Forschung und Technologieentwicklung noch viel mehr investiert werden. Man müsste Anlagen haben, die sowohl für die energetische als auch für die stoffliche Verarbeitung der nachwachsenden Rohstoffe taugten und zwar dezentral. Man bräuchte da hohe Wirkungsgrade. Man bräuchte auch neue Produkte in diesem Bereich und neue Verfahren eben für die Nutzung, seien es Baustoffe, Dämmstoffe oder chemische Grundstoffe. Dies sei ein ganz breiter Sektor, für den man wirklich richtig viel Geld bräuchte. Als Zweites würde sie gerne wissen, wie die Verpflichtung, die im Bereich Naturschutz bestünde, also Natura 2000 finanziert werden solle. Da wollten die Leute jetzt wissen, wie es weitergehen solle mit diesem deutlich weniger gewordenen Geld.

Schließlich hätte sie noch eine Frage zu einem ganz anderen Bereich. Frau Fischer Boel habe gesagt, sie übe Druck aus auf die USA wegen dieser antizyklischen Stützung und der sich daraus ableitenden Marktverzerrung. Vielleicht könne Frau Fischer Boel noch erläutern, wie der Druck ausgeübt werde.

Abg. Marlene Mortler geht zunächst auf die Saisonarbeitskräfte ein. Man habe in Deutschland die Eckpunkterege lung modifiziert, was die Zulassung der Saisonarbeitskräfte aus den mittel- und osteuropäischen Staaten betreffe und zwar dahingehend, dass erstmals mindestens 10 Prozent der Saisonarbeitskräfte aus dem deutschen Arbeitsmarkt kommen sollten. Sie habe jetzt auf der anderen Seite gelesen, dass Frau Fischer Boel einen Aktionsplan beschlossen habe für die Zuwanderung aus

Drittstaaten, um diesen Zuwanderern die Möglichkeit für Saisonarbeit zu eröffnen. Dies stehe für sie im absoluten Widerspruch, weshalb sie gerne dazu Näheres hören möchte.

Zum Thema Gentechnik möchte sie gerne erfahren, wann damit gerechnet werden könne, dass es endlich einen verbindlichen EU-Schwellenwert für zufällige und technisch unvermeidbare GVOs im Saatgut gebe.

Als Drittes möchte sie auf Cross Compliance und deren Umsetzung in der Verordnung 1782/2003 eingehen, da dieses Thema derzeit die Bäuerinnen und Bauern im Moment sehr stark beschäftige. Sie glaube, dass Bäuerinnen und Bauern, worunter auch sie sich zähle, qualitativ hochwertige und einwandfreie Lebensmittel erzeugen müssten. Auf der anderen Seite höre sie, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedliche Auslegungen praktizieren würden. Deshalb sei ihre Frage, ob die Kommission die laufende Nummer 11 im Anhang 3 dahingehend konkretisieren werde, dass klargestellt werde, was einzuhalten sei und was kontrolliert werde und ob die Kommission beabsichtige, eine klare Einschränkung der Kriterien auf Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit relevante Bereiche einzuführen oder ob auch rein formale Verstöße sanktionsrelevant werden würden. Die Frage sei für sie deshalb wichtig, weil ja die Lebensmittelsicherheit im Vordergrund stehen solle und nicht formale Verstöße, die aus ihrer Sicht drittrangig seien. Weiterhin interessiere sie, ob eine sog. Bagatellgrenze bei Verstößen bestehen würde und wie Frau Fischer Boel dazu Stellung beziehen würde, vor allem wenn es um Verstöße der Tierkennzeichnung gehe. Auch möchte sie wissen, ob die Möglichkeit bestünde, bei einem Verstoß gegen Cross Compliance, dem betreffenden Landwirt zunächst eine Frist einzuräumen, dass der Verstoß beseitigt und bei Einhaltung der Frist dann auf Sanktionen verzichtet werde.

José Pliego Cubero, Vorsitzender des Agrarausschusses im spanischen Parlament begrüßt zunächst alle ganz herzlich und bedankt sich für die Einladung. Er möchte nicht auf konkrete Themen eingehen, sondern global einmal darüber nachdenken, wie die europäische Agrarpolitik eingeschätzt werde. In Spanien sei sie für die Entwicklung des europäischen ländlichen Raumes fundamental wichtig. Besorgt sei man in Spanien über den geplanten Abbau der Agrarpolitik bis ins Jahr 2013, sowohl aus wirtschaftlicher, aber vor allem auch aus philosophischer und konzeptioneller Sicht heraus. Es sei schwierig zu verstehen, dass man mit weniger Geld mehr Europa und mehr Mitgliedsstaaten wolle.

Konzeptionell sei Spanien natürlich damit einverstanden, dass das Modell der europäischen Agrarpolitik aus dem Jahre 2000 nicht weiter gestützt werden könne, was aber nicht mit der sozialen, wirtschaftlichen oder Arbeitsrealität in den Ländern zusammenhänge. Das aktuelle Modell würde jedoch keine Antwort auf die Bedürfnisse der ländlichen Räume geben, da zu wenig Geld bereitgestellt werde. Natürlich seien mit der WTO einige wichtige Kompromisse eingegangen worden, aber das eingezahlte Geld in die Agrarkassen würde kaum zurückfließen. Es sei nicht beachtet worden, wie die Arbeits-, Sozial- und die Umweltwirklichkeit in den ländlichen Räumen aussehe, wo es nichts zu produzieren gebe. Es werde ein Modell abgebaut, weshalb folgerichtig ein neues Modell für die entwicklungsländlichen Räume aufgebaut werden müsste, wobei hierfür wirkliche Alternativen

fehlen würden. Die Politik sei anachronistisch, da die Haushaltsmittel abgebaut würden und keine Substanz mehr vorhanden sei. Er denke, dass man damit einverstanden sei, dieses europäische Entwicklungsmodell in Europa aufzubauen, das nicht zu vergleichen sei mit der landwirtschaftlichen Gestaltung in den Vereinigten Staaten. Für die Aufrechterhaltung des europäischen Modells müsse auch zukünftig die globale Vorstellung aufrechterhalten bleiben, dass die europäische Agrarpolitik eine wichtige Rolle gespielt habe. Ansonsten würde das Jahr 2013 erreicht werden, ohne dass ein alternatives Modell konstruiert worden wäre, welches wirkliche Lösungen für die Probleme, die in Europa bestünden, definiere. Neben landwirtschaftlichen und viehwirtschaftlichen Sektoren in Europa, die auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig seien und die es zu fördern gelte, bestünden auch geographische Gebiete, in denen es keine Möglichkeit gebe, eine solche Rentabilität auf dem Weltmarkt aufzubauen. Daneben müsse die Umwelt- und soziale Rentabilität gestützt und gefördert werden, da Europa sonst zukünftig großen Problemen gegenüber stehen würde.

Abg. Dr. Kirsten Tackmann kommt nochmals auf die aviäre Influenza zurück. Sie stellt an Frau Fischer Boel die Frage, ob die Datengrundlage, auf Grund derer von Deutschland Entscheidungen getroffen werden könnten, genügend belastbar sei und ob wissenschaftliche Kapazitäten verfügbar seien, die für die Entwicklung vernünftiger Konzepte, um z. B. bedrohliche Ereignisse wie die Tierseuche bekämpfen zu können, notwendig seien. Außerdem interessiere sie, ob die entwickelten Risikobewertungen und die Risikomanagementmaßnahmen schon so wissenschaftlich begründet seien, dass sie tatsächlich zielführend seien oder ob Frau Fischer Boel aus Sicht der EU andere Vorschläge habe.

Abg. Ulrike Höfken bezieht ihre Frage konkret auf die Möglichkeit der Kennzeichnung der unterschiedlichen Produktionsmethoden und auf die Möglichkeit, in welchem politischen Verfahren diese Kennzeichnungsmöglichkeit noch eingebracht werden könne. Im Übrigen möchte sie anmerken, dass ihre Winzer nicht mit den Amerikanern, die technische Geräte einsetzen könnten, konkurrieren könnten, es sei denn, die gesamte europäische Weinkultur würde verändert werden.

Angel Pintado Barbanoj, Mitglied des Agrarausschusses bedankt sich bei der Kommissarin für ihre Erklärungen. Es sei über Europa, über Wettbewerbsfragen im Landwirtschaftsbereich und die möglichen Alternativen für die Wettbewerbsfähigkeit gesprochen worden. Die Kommission habe sich seit Jahren im Agrarbereich bemüht, die ländlichen Räume zu entwickeln. Ein Erfolg sei jedoch nicht eingetreten, weil vielleicht noch nicht erkannt worden sei, dass man eine kulturelle Wende in den Mentalitäten der Landwirte erst einmal anstoßen müsse. Durch einen Appell an die Bevölkerung müsse zunächst Sicherheit vermittelt werden und neue Agenden müssten in den Agrarsektor mit eingeschlossen werden. Insbesondere junge Landwirte würden in Spanien die ländlichen Räume verlassen, weil sie keine Zukunftsperspektive mehr sehen würden. Sie würden nicht mehr sehen, dass sie die Betriebe sinnvoll betreiben könnten. Zwar sei über Wettbewerb gesprochen worden, aber in Europa, wo nicht einmal eine Lösung für das Problem der genetisch veränderten Produkte gefunden würde, würde nichts passieren. In den USA, in China und in Lateinamerika seien sie hingegen dabei, einige Anbauten einzuführen, die sehr viel rentabler seien, als in Spanien. Dort sei im Parlament in den letzten Jahren geprüft worden, wie Dekrete und Regeln zu einem parallelen Anbau gefunden

werden könnten und wie die Landwirte über das Thema transgenetischer Produkte und ihre Betroffenheit informiert würden. Im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit würde deutlich, dass die Landwirte nicht die hinreichenden Instrumente zur Verfügung hätten, um auf dieses Thema reagieren zu können.

Mariann Fischer Boel, EU-Agrar-Kommissarin bedauert, dass sie in der ersten Runde nicht das Thema der Vogelgrippe angesprochen habe, was sie nun nachholen möchte. Das Thema falle natürlich in den Verbraucherschutz und in den Gesundheitsbereich. Der Rat habe im letzten Dezember neue Richtlinien zur Vogelgrippe verabschiedet, sowohl in Bezug auf den Schutz vor Importen als auch in Bezug auf die Reaktionen, falls das Problem wirklich die EU direkt betreffen sollte. Sie denke wirklich, dass man bei einer direkten Bedrohung in der bestmöglichen Lage sei, dieses Problem angehen zu können. Gerüchte darüber, dass die Vogelgrippe immer näher an die europäische Grenze rücke, wie z. B. in der Türkei, und die Furcht unter den europäischen Produzenten und der Bevölkerung wären sehr verbreitet. In Italien z. B. sei der Verbrauch von Geflügelfleisch bedeutend zurückgegangen, was natürlich wieder Auswirkungen auf die Preise habe. Sie möchte auch die Presse auffordern, dieses Thema nicht künstlich aufzubauschen, nur damit es interessanter und dramatischer geschildert werden könne. So sei geschrieben worden, dass durch den Verzehr von Geflügelfleisch Vogelgrippe übertragen werden könne, was nicht stimmen würde. Wenn es ordentlich zubereitet und gegart werde, sei ein Verzehr ohne Einschränkungen möglich. Wissenschaftliche Erkenntnisse, dass die Vogelgrippe von einer Person auf eine andere übertragen werden könne, lägen nicht vor. Zwar müsse das Thema ernst genommen werden und es gelte sich vorzubereiten, aber man müsse sich auf die Fakten konzentrieren und dürfe nicht künstlich Horrorgeschichten aufbauen, die die Bevölkerung verunsichern würden. Wie sie bei einem Treffen in Wien mit der neuen Ratspräsidentschaft gehört habe, stünde Herr Kyprianou in direktem Kontakt mit dem Landwirtschaftsminister in der Türkei. Des Weiteren seien zur Unterstützung der türkischen Regierung Wissenschaftler in die Türkei gereist sowie alle Importe von Federn gestoppt worden, um die Möglichkeiten einer Übertragung zu reduzieren. Sie glaube daher, dass man gut aufgestellt sei.

Beim Thema Transparenz habe sich die Kommission zum Ziel gesetzt, insgesamt so transparent wie möglich zu agieren. Da sie nicht Eigentümerin der Zahlen und daher nicht befugt sei, sie zu veröffentlichen, sei es ihr nicht möglich, die direkten Zahlungen und Exportstättungen an Nutznießer offen zu legen. Sie habe versucht, die Mitgliedschaften zu ermutigen, diese Information im Internet oder andernorts zu veröffentlichen. Allerdings seien die großen Nutznießer der Exporterstattungen die Unternehmen und nicht die Landwirte.

In Bezug auf die Diskussion über Biomasse stimme sie mit Frau Höfken überein, dass hier ein hoher Wirkungsgrad erreicht werden müsse und dass viel mehr Forschung und Entwicklung benötigt werde. Sie sei hoffnungsvoll, dass der für Forschung und Entwicklung zuständige Kommissar in seinem neuen Programm dieses Thema mit einbeziehen werde, denn es gebe viele Felder, in denen Fortschritte gemacht werden könnten.

Wie sie Druck auf die Amerikaner ausüben könne, sei Teil der Diskussion, die momentan im Zuge einer Disziplinierung der inländischen Unterstützungssäule geführt werde. Es sei immer wieder erwähnt und angeführt worden, dass diese antizyklischen Zahlungen handelsverzerrende Auswirkungen hätten. Wirtschaftliche Analysen würden deutlich aufzeigen, was für einen Schaden die antizyklischen Zahlungen auf den Handel und den Markt anrichten könnten.

Bei den Saisonarbeitskräften seien Vereinbarungen mit den Nachbarländern, besonders mit Marokko und der Türkei, geschlossen worden. Bei der gestrigen Kommissionssitzung habe der für diesen Bereich zuständige Kommissar das Thema aufgegriffen. Er werde nächste Woche einen Aktionsplan vorlegen, der sich mit der Freizügigkeit von Arbeitskräften innerhalb der EU und damit, wo diese Ströme im Einzelnen hingehen würden, beschäftigen würde. Sie wisse auch, dass ein großes Interesse bestehe, bei genetisch behandelten Produkten verbindliche Schwellenwerte festzulegen. Der zuständige Umweltkommissar sei sehr aktiv daran, solche Schwellenwerte für das Saatgut festzuschreiben, da großer Druck bestehe. Persönlich sei sie der Meinung, dass gerade beim Saatgut ein Risiko bestehe, dass genetisch behandelte Mittel in den organischen Bereich übergehen könnten.

Zu Cross Compliance sei anzumerken, dass dieses Thema im Rat letzten Monat aufgegriffen worden sei. Sie werde sich mit Minister Seehofer treffen und mit ihm den Zusammenhang zwischen der Hygienesrichtlinie und der Cross Compliance besprechen. Sie hoffe wirklich, dass die beiden Themen Hygienerichtlinie und Cross Compliance in Verbindung gebracht würden und ein gutes Ergebnis erzielt werde.

Bei genetisch behandelten Produkten sei in vielen Mitgliedsstaaten nun ein entsprechendes Gesetz über die Koexistenz verabschiedet worden. In der Konferenz Anfang April, die von der europäischen Kommission und der österreichischen Ratspräsidentschaft organisiert werde, sei dieses Thema sehr wichtig. Zu dieser Konferenz seien alle Interessenträger in diesem Gebiet eingeladen worden, um ihre Meinung über die Möglichkeit der Koexistenz zwischen den genetisch behandelten und der ökologischen Produktion kundtun zu können. Sie denke, dass aus dieser Konferenz einiges an Nutzen gezogen werden könne und dass dann Ratschläge formuliert werden könnten, wie dieses Thema am besten angegangen werden könne. Das Thema sei natürlich von Pflanze zu Pflanze zu betrachten und müsse zielgerichtet auf die einzelnen Mitgliedsstaaten ausgerichtet werden, da es große Unterschiede im Klima usw. geben würde. Das Thema werde man im Laufe dieses Jahres wieder aufgreifen.

Zu den Fragen des spanischen Landwirtschaftsausschusses möchte sie sagen, dass die Abschaffung der Exporterstattungen natürlich Auswirkungen auf die Möglichkeit der EU habe, zu wettbewerbsfähigen Preisen exportieren zu können. Betrachte man allerdings die Menge der zulässigen Exporterstattung, sei festzustellen, dass diese nicht ausgeschöpft würden, so dass die Erstattungen zunächst in Bereichen auslaufen würden, wo die Erstattungen seit Jahren nicht benutzt worden wären und nicht in den wichtigsten Bereichen, wie Rindfleisch und Milchproduktion. In den landwirtschaftlichen Bereichen seien im letzten Juli neue Bestimmungen verabschiedet worden, weshalb es nun an den Mitgliedsstaaten läge, ihre eigenen Regeln und Gesetze bezüglich der

ländlichen Entwicklung zu verabschieden. Dies sei eine gemeinsame Verantwortung zwischen der EU, den Mitgliedsstaaten, den Regionen und den betroffenen Landwirten. Sie hoffe wirklich, dass jeder dieses Thema so ernst nehme, wie es genommen werden sollte. Es gebe keine alles umfassende Patentlösung in diesem Bereich, weshalb den Mitgliedsstaaten übertragen worden sei, hier die entsprechenden Planungen durchzuführen, damit sie auf ihre Situation zugeschnitten seien. Es sei bekannt, dass in Zukunft der Druck von den wettbewerbsfähigen Regionen, wie z. B. Brasilien, zunehmen werde, weshalb sich die EU auf qualitativ hochwertige Produkte konzentrieren solle und dies auch könne. Wenn den Verbrauchern entsprechend positiv mitgeteilt werde, dass sie eher die lokal hergestellten Produkte kaufen sollten, eben weil sie qualitativ hochwertig seien, werde dies daneben zu positiven Effekten auch im landwirtschaftlichen Bereich führen.

Die Vorsitzende dankt Frau Fischer Boel für den informativen Überblick. Sicherlich werde die Diskussion bei der Eröffnung der „Grünen Woche“ fortgesetzt werden können.

Der Ausschuss beschließt:

Beschluss:	<u>Kenntnisnahme</u>
------------	-----------------------------

Schluss der Sitzung: 13.10 Uhr

Bärbel Höhn, MdB
Vorsitzende